

Politik in Zeiten von Corona

Unmut über Oli-Regierung

Karl-Heinz Krämer

Als die Regierung am 24. März 2020 einen restriktiven Lockdown über Nepal verhängte, gab es nicht einmal 50 nachgewiesene COVID-19-Infektionen. Eine mögliche Verbreitung des Virus sollte durch diese Maßnahme im Keime erstickt werden. Die immer raschere Ausbreitung des Virus hat sie gleichwohl nicht verhindern können. Der Autor geht der Frage nach, was falsch gelaufen sein könnte.

Mitte Juni werden täglich zwischen 250 und 450 nachgewiesene Neuinfektionen festgestellt. Gravierend falsch reagierte die Regierung, weil sie glaubte, wenn die Menschen in ihre Häuser verbannt würden und nur noch morgens für zwei Stunden in der unmittelbaren Nachbarschaft einkaufen dürften, wären die Probleme vom Tisch. Allein die wirtschaftlichen Folgen blieben unbedacht, wenn etwa die Menschen nicht mehr ihren beruflichen Tätigkeiten nachgehen können. In einem Land wie Nepal, in dem viele Menschen nicht in der Lage sind, größere Vorräte und finanzielle Rücklagen anzulegen, geraten sie so rasch in Not.

Mangelhafte Planung des Lockdown

Besonders hart betroffen waren zahlreiche Tagelöhner. Sie hatten nichts mehr zu essen und konnten ihre meist spärlichen Unterkünfte nicht mehr bezahlen. In ihre entfernten Heimatdörfer konnten sie wegen der Ausgangssperre und der vollständigen Einstellung des Transportwesens nicht mehr zurückkehren. Wer es versuchte, bekam Ärger mit der Polizei. Gleichzeitig unternahm die Regierung lange Zeit nichts, um diese Menschen wenigstens mit dem Nötigsten zu versorgen. Dieser Aufgabe mussten sich private Initiativen und ausländische Organisationen widmen.

Die Einstellung des internationalen Flugverkehrs und, in Absprache, die

gleichzeitige Schließung der Grenze zu Indien verwehrten rückkehrwilligen Arbeitsmigrant(inn)en die Rückkehr. Viele an der Grenze aufgehaltene Menschen überquerten des Nachts heimlich die Grenze. Den wenigen Quarantänelagern mangelte es nicht selten an jeglicher Infrastruktur. Einige entwickelten sich zu Brutstätten des Virus.

Da die Beschäftigten nicht mehr zu ihren Arbeitsstätten gelangen konnten, standen die meisten Betriebe still. Landwirtschaftliche Tätigkeiten waren zwar offiziell erlaubt, aber es wurde kaum eine Transportmöglichkeit zu den Märkten und Geschäften aufrechterhalten. Lediglich der Importhandel aus Indien funktionierte einigermaßen, was jedoch die einheimische Wirtschaft noch stärker schädigte. Obgleich Premierminister Oli irgendwann zugestand, dass sein Versuch, die Pandemie von Nepal fernzuhalten, gescheitert war, fiel der Regierung bis zuletzt nichts anderes ein, als den Lockdown immer wieder zu verlängern.

Ein weiteres Versagen zeigte sich bei der Verabschiedung des Haushaltes im Parlament. Obgleich internationale Institutionen wie Weltbank, IWF und Asientwicklungsbank (ADB) kurz zuvor ihre Prognosen für das Wirtschaftswachstum des Landes auf etwas über zwei Prozent gesenkt hatten, schätzte Finanzminister Khatriwada in seinem Haushaltsplan das Wachstum auf sieben Prozent. Wie er angesichts

des Wegbrechens so wichtiger Wirtschaftszweige wie Tourismus und Arbeitsmigration auf eine solche Zahl kommt, blieb sein Geheimnis. Gleichzeitig hielten Experten den Haushalt für völlig unangemessen, um die Folgen der Corona-Krise einigermaßen abzumildern zu können.¹

Seit Tagen gehen in vielen Städten des Landes junge Leute unabhängig von politischen Parteien auf die Straße.² Sie fordern auf friedliche Weise Rechenschaft von der Regierung für das schlechte Pandemie-Management und konkret den sofortigen Rücktritt Olis. Dieser antwortet wie alle ratlosen Autokraten mit Wasserwerfern, Tränengas und dem Einsatz von Schlagstöcken.

Zum Autor



Karl-Heinz Krämer ist assoziiertes Mitglied am Südasiens-Institut der Universität Heidelberg und ist Betreiber der Internetseite nepalresearch.org

Endnoten

¹ Achyut Wagle: Nationalism has overshadowed governance: A clear disconnect between Nepal's immediate priorities and the national budget has been exposed. In: *The Kathmandu Post*, 09.06.2020.

² Shuvam Dhungana: Youth-led protests against the government's handling of Covid-19 spread to major cities. In: *The Kathmandu Post*, 12.06.2020.